



links

MARIGNANO

Mythen sind tolle Geschichten. Die Wahrheit ist jedoch prosaischer und spannender, wie das Beispiel der Schlacht von Marignano zeigt.

Seiten 14 und 15

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

149 • CH November 2014 AZB 3001 Bern



123rf.com



Nein zur 2. Gotthard-Röhre
Jetzt Referendum unterschreiben!
Karte in der Heftmitte



Schluss mit Steuerprivilegien!

Mit der Pauschalbesteuerung werden hierzulande ausländische Millionärinnen und Millionäre steuerlich bevorzugt – am 30. November haben wir die Möglichkeit, dieses Privileg endlich abzuschaffen.

Seite 3

POSITIONEN



Die **Demokratisierung der Wirtschaft** ist eine zentrale Forderung unseres Parteiprogramms. Die AG Wirtschaftsdemokratie will sie fassbarer machen.

Seiten 6 und 7

AKTUELL



«Meine Hoffnung ist, dass die Mehrsprachigkeit nicht einfach als Pflicht wahrgenommen wird. **Mehrsprachigkeit** ist auch ein grosses Privileg», sagt Bundesrat Alain Berset.

Seite 13

JUBILÄUM



Das **Denknetz**, der linke Schweizer Thinktank, wird zehn Jahre alt – Anlass für ein Gespräch mit dem Gründungsmitglied und Geschäftsführer Beat Ringger.

Seiten 16 und 17

Direkt in die Sackgasse

NEIN

Die Ecopop-Initiative lenkt von den echten Umweltproblemen ab, widerspricht der Stossrichtung der heutigen Entwicklungszusammenarbeit und schürt Fremdenfeindlichkeit.

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» kommt in einem grünen Mäntelchen daher. Tatsächlich enthält sie aber keine einzige konkrete Massnahme zur Lösung von Umweltproblemen. Vielmehr macht sie Migrantinnen und Migranten verantwortlich für hausgemachte Probleme und führt die Schweiz noch weiter in die Isolation. Die Initiative ist unmenschlich und gefährlich.

Menschen zweiter Klasse

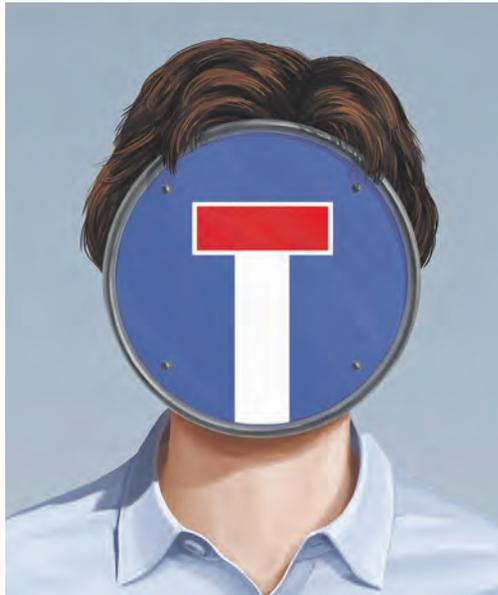
Braucht die Wirtschaft Arbeitskräfte, holt sie diese. Das gilt auch für den Fall, dass Ecopop angenommen würde: Um die Beschränkung zu umgehen, würden Arbeitgeber einfach mehr Kurzaufenthalterinnen holen, die rechtlich schlechter gestellt sind als Daueraufenthalter. Das ist unmenschlich. Menschen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung müssen in ständiger Angst leben, beim Verlust der Arbeitsstelle auch das Aufenthaltsrecht zu verlieren.

Schlechtere Arbeitsbedingungen

Kurzaufenthalterinnen und Grenzgänger lassen sich leicht unter Druck setzen und akzeptieren eher schlechtere Arbeitsbedingungen. Früher oder später geraten dadurch auch die Arbeitsbedingungen aller ändern unter Druck. Ausserdem bedeutete Ecopop ein Ende der Bilateralen Verträge. Ohne geregelte Beziehungen zur EU werden jedoch Stellen ins Ausland verlagert und abgebaut.

Schwächung von AHV und Pflege

Die ausländischen Arbeitskräfte sind eine wichtige Stütze für die AHV. Die AHV erzielt nach wie vor Überschüsse, mit Ecopop jedoch



würden viele Beiträge fehlen und sie geriete in Schieflage. Zudem führte ein Ja zur Initiative zu einem Mangel an Personal für Pflege und Betreuung alter Menschen. Spitex und Pflegeheime müssten ihr Angebot abbauen.

Scheinselösung erschwert Klima- und Landschaftsschutz

Ob Menschen in der Schweiz oder in einem anderen Land leben, ist dem Klima egal. Wer das Klima schützen will, muss beim Umbau des Energiesystems und beim eigenen Ressourcenverbrauch ansetzen. Zudem bringt Ecopop keine Lösung gegen die Zersiedelung und schützt die Landschaft nicht. Dafür müssten die Probleme der Raumplanung angegangen werden, statt die Weiterentwick-

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» will einerseits eine starre Zuwanderungsquote einführen: Die ständige Wohnbevölkerung dürfte noch um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Andererseits will die Initiative einen Umbau der Entwicklungszusammenarbeit: 10 Prozent des Budgets sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken.

lung der dazu nötigen Instrumente zu behindern.

Entwicklungszusammenarbeit auf Abwegen

Eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit muss die Armut bekämpfen. Die Initiative will dagegen unsinnig viele Gelder in Verhütungsmittel stecken und der Armutsbekämpfung Mittel entziehen. Nicht Gratis-Kondome und Gratis-Pillen sind gefragt, sondern Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung. Vor allem muss die soziale Position von Mädchen und Frauen verbessert werden. Nur wenn Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können, hat Familienplanung eine Chance.

Sündenböcke: Migrantinnen und Migranten

Migrantinnen und Migranten sind längst Teil der Schweiz. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum. Statt ihre Integration zu fördern, macht Ecopop sie zu Sündenböcken und schürt Fremdenfeindlichkeit.

Nutzlos und schädlich

NEIN

Die «Gold-Initiative» will den Handlungsspielraum der Nationalbank massiv einschränken und würde damit ein unnötiges Klumpenrisiko produzieren. Der für die Exportwirtschaft existenzielle Euro-Mindestkurs wäre kaum zu halten.

Die von SVP-Kreisen lancierte Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» verlangt, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Gold halten und dieses in der Schweiz lagern muss. Ausserdem dürfte sie niemals wieder auch nur ein Gramm des Edelmetalls verkaufen. Mit solch starren Regeln würde der Handlungsspielraum der Nationalbank massiv

eingeschränkt. Um die Forderungen der Initiative zu erfüllen, müsste die Nationalbank auf einen Schlag für 65 Milliarden Gold kaufen. Weil Gold aber aktuell teuer ist, dessen Preisschwankungen gross sind und Renditen kaum absehbar, ist das Verlustrisiko sehr hoch. Leidtragende wären Bund und Kantone, die bei einem Verlust auf die Ausschüttungen verzich-

ten und die Ausfälle – etwa mit Sparprogrammen – kompensieren müssten. Ein kleiner Teil des Goldes wird heute in England und Kanada gelagert, damit es in einer Krise an verschiedenen Handelsplätzen verkauft werden könnte. Wird die Nationalbank gezwungen, alles auf die Karte Gold zu setzen, wird ein Klumpenrisiko geschaffen.



Schluss mit Privilegien!

Die steuerliche Sonderbehandlung von reichen Ausländerinnen und Ausländern ist ungerecht. Sie muss deshalb schweizweit abgeschafft werden.

In der Schweiz werden rund 5500 ausländische Millionärinnen und Millionäre pauschal besteuert. Anstatt ihres gesamten Vermögens und Einkommens versteuern sie nur einen pauschalen Betrag, in der Regel das Fünf- bis Siebenfache des Mietwerts ihrer Wohnung.

Verfassung muss für alle gelten

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass die «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» zu erfolgen hat. Dem widerspricht die Bevorzugung einiger Superreicher: Pauschal besteuerte Ausländerinnen und Ausländer profitieren von einem tieferen Steuersatz, als er für gewöhnliche Steuerzahlende mit einem Lohnausweis gilt. Sie bezahlen auch weniger als gleich reiche Schweizerinnen und Schweizer.

Die Schweiz ist sowieso attraktiv

In fünf Kantonen (ZH, SH, BS, AR, BL) hat die Bevölkerung in den letzten Jahren die Pauschalsteuer bereits abgeschafft – ohne negative Auswirkungen auf den kantonalen Finanz-



«Geldadel ist Gift für die Demokratie» (im Hintergrund das «Park Hotel Vitznau» des pauschalbesteuerten Peter Pühringer)

haushalt. Denn die Schweiz ist mehr als ein Steuerparadies, sie punktet mit hoher Lebensqualität und Sicherheit sowie mit einem erstklassigen Service public.

Mehreinnahmen dank Abschaffung

Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bringt Mehreinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden, denn die meisten der bisher pauschalbesteuerten Personen werden im Land bleiben und ganz normal Steuern bezahlen. Die Behauptung, dass bei einem Ja eine Massenauswanderung der bisher privilegierten Reichen droht, ist reine Angstmacherei.

Gerechte Steuern für alle

Die Pauschalsteuer verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral. Zurzeit werden rund 5500 ausländische Millionärinnen und Millionäre pauschal besteuert – darunter immer mehr Business-Nomaden und Scheinerwerbslose, die ihre weltweiten Firmenkonglomerate von hier aus managen.

www.geldadel-stoppen.ch

PAUSCHALSTEUER?

Von der Pauschalsteuer profitieren ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz, die hier nicht erwerbstätig sind. Statt ihres effektiven Einkommens und Vermögens versteuern sie nur einen pauschalen Betrag, in der Regel das 7-fache der Wohnungsmiete oder des Eigenmietwerts. Schweizerinnen und Schweizer können nicht pauschal besteuert werden.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» verlangt die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und damit das Ende der Bevorzugung einiger ausländischer Millionärinnen und Millionäre. Künftig sollen in der Schweiz alle entsprechend ihrem Einkommen und Vermögen Steuern zahlen – ohne Privilegien und ohne Ausnahmen.

Gold im Rücken und Luft im Hirn

Über Ecopop und die Pauschalsteuer wird debattiert, die dritte November-Vorlage fristet hingegen ein mediales Mauerblümchendasein. Zugegeben, die sogenannte Goldinitiative ist inhaltlich dermassen hanebüchen, dass sie nicht mehr Aufmerksamkeit verdient hat. Sie ist so abstrus, dass sie ein Hauch von Verschwörungstheorie umweht. Wieso aber sammelt jemand Unterschriften für ein Vorhaben, das sogar der SVP suspekt ist?

Tut man sich die von den drei Goldschätzen Reimann, Stamm und Schlüer in alle Haushaltungen verschickte Abstimmungszeitung an, beschleicht einen der Verdacht, dass das Begehren in erster Linie lanciert wurde, um sauglatte Wortbilder kreieren zu können. Es beginnt beim offiziellen Titel des Volksbegehrens: «Rettet unser Schweizer Gold!», flehen die Edelmetall-Fetischisten. Ich finde, es gäbe wahrlich vieles, das es wert wäre, gerettet zu

werden: die Wale, der Regenwald, das Klima, die Welt oder kleine herzige Hundewelpen zum Beispiel. Nein, unser Schweizer Gold, das himmeltraurig und von der Nationalbank verraten in fensterlosen Tresoren fern der Heimat vor sich hin vegetiert, bedarf unserer Hilfe am meisten. Denn unser Gold, so erfahren wir, sei unser «Tafelsilber» und auch in zwei bis drei Generationen «noch Gold wert». Und wenn ich lese, dass die «Nationalbank 2590

Tonnen Gold verschleudert», ducke ich mich. Auch staune ich, dass es eine tolle Sache sein soll, «Gold im Rücken zu haben». Okay, andere haben Titan in der Hüfte oder Silikon in den Brüsten. Und noch andere offensichtlich Luft im Hirn. Abschliessend fordern die Initianten: «Bringt unser Gold heim!», als wären sie besorgte Mütter, die um ihre in den Kriegsdienst eingezogenen Söhne bangen. Goldig, das Ganze.

Stefan Krattiger

ROTSTICH



Die SP, das sind über 30 000 Mitglieder. Wir stehen für Hunderttausende, die vor uns waren – das ist die Botschaft unseres Kampagnen-Clips.



Wir sind die SP!

In knapp einem Jahr wählen wir unser Parlament. Die SP will zulegen und ein erster Formtest zeigt: Wir können gewinnen! Damit wir am 18. Oktober 2015 tatsächlich Grund zum Jubeln haben, braucht es euch – und zwar alle!

Die jüngste Wahlbarometer-Umfrage sieht die SP im Aufwind: Wäre Anfang Oktober gewählt worden, hätten wir gut 20 Prozent der Stimmen auf uns vereinen können, während die anderen grossen Parteien bestenfalls stagnierten. Umfragen sind Umfragen und Prognosen eine heikle Sache. Besonders dann, wenn sie die Zukunft betreffen. Trotzdem: Ein knappes Jahr vor dem Tag X machen diese Zahlen Mut!

Das Knacken der 20-Prozent-Marke ist ein erklärtes Wahlziel. Nicht um der Zahl willen, sondern um unsere Politik für alle statt für wenige zu stärken. Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und eine sichere Altersvorsorge für alle – diese drei Themenblöcke werden für uns in den kommenden Monaten im Mittelpunkt stehen. Anliegen, für die wir kämpfen wollen, weil sie die Mehrheit der Menschen in diesem Land direkt betreffen.

Menschen im Zentrum

Im Zentrum unserer Politik stehen die Menschen. Logisch, dass wir sie auch ins Zentrum unserer Wahlkampagne rücken: die Menschen, die der SP ein Gesicht geben und sie mit Leben erfüllen. Gemeinsam entwickeln wir Ideen, teilen Werte und verfolgen Ziele. Egal ob Basismitglied, Bundesrat oder Funktionärin – in einer Volkspartei gibt es viele Leute mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Hintergründen und Rollen. Um etwas zu bewegen, braucht es

alle. Gemeinsam wollen wir auch Wahlkampf machen.

Es sind das riesige Engagement und das Herzblut unserer Mitglieder, die uns von anderen Parteien abheben. Unsere Aktivistinnen und Aktivisten sind unsere Stärke. Wenn wir

Wir sind nah bei den Menschen – diesen Trumpf müssen wir noch konsequenter ausspielen.

gewinnen, gewinnen wir nur dank euch. Während andere potente Geldgeber und Millionenbudgets haben, sind wir eine Bewegung mit einer stolzen Geschichte. Keine andere Partei ist so präsent auf den Strassen und Plätzen dieses Landes wie die SP. Wir sind nah bei den Menschen.

Diesen Trumpf müssen wir im Wahlkampf 2015 noch konsequenter ausspielen: In den letzten Wochen vor dem Wahltag wollen wir deshalb mit so vielen Wählerinnen und

Wählern Kontakt aufnehmen wie noch nie. Wir wollen ihnen erklären, weshalb wir in der SP sind und weshalb wir ihre Stimme und ihr Vertrauen verdient haben. Und wir wollen sie vor allem daran erinnern, tatsächlich wählen zu gehen.

Startschuss im Wallis

Der offizielle Startschuss zum Wahlkampf fällt Mitte Februar am ausserordentlichen Wahlparteitag in Martigny (siehe Kasten). Im Unterwallis werden mit der Wahlplattform auch die Themen und Projekte festgelegt, mit denen wir die Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen wollen. Wir freuen uns auf einen gut besuchten Parteitag, der mit der einen oder anderen Überraschung aufwarten wird.

Auch wenn es «erst» nächstes Jahr losgeht, sind die Vorbereitungen bereits in vollem Gang: In den Kantonen und Sektionen werden Kandidierende erkoren und Listen gestaltet. Und gemeinsam mit den Kantonalparteien sind wir daran, unsere Kampagne aufzugleisen. Sie soll dafür sorgen, dass die SP vom Lac Léman bis zum Bodensee erkennbar ist.

Wir freuen uns auf den Wahlkampf. Und wir freuen uns vor allem auf euch alle!

WAHLPARTEITAG

Der ausserordentliche Wahlparteitag findet am 14. Februar 2015 in Martigny statt. Alle Informationen sowie das Anmeldeformular findest du auf unserer Website. Anmeldefrist ist der 19. Dezember 2014.



Stefan Krattiger
ist Kampagnenleiter
der SP Schweiz



Wir sind die SP Schweiz | Kontakt | Medien | Partei

Kampagnen Mitmachen Themen Menschen Partei Publikationen

NEIN ZUR ECOPOP-SACKGASSE!

Nein zur gefährlichen Ecopop-Initiative am 30. November

Ja zur Abschaffung der ungerechten Pauschalsteuer am 30. November

Unterschreiben Sie jetzt das Referendum gegen die 2. Röhre am Gotthard

Jetzt mitmachen!

- Spenden
- Newsletter abonnieren
- Mitglied werden

Abstimmungen: Unsere Parolen

Pauschalsteuer: Weg mit Extrawürsten für reiche Ausländer

Susanne Leutenegger Oberholzer | Der Steuerwettbewerb um die Superreichen in der Welt ist finanziell einäugig und staatspolitisch falsch.

→ Beitrag lesen

Wichtige Termine

Medienmitteilungen

- SP begrüsst abgespeckte Version des Lehrplans 21
- SP hält an Entwicklungshilfe fest
- Abschottung ist Gift für Forschung und Innovation

→ mehr

Wir sind die SP

Die SP, das sind über 30'000 Mitglieder. Sie



«Debatten und Aktionen auf Facebook und in anderen sozialen Medien werden im Wahlkampf immer wichtiger. Trotzdem stellen wir aber immer wieder fest, dass die Leute den persönlichen Kontakt schätzen und Freude an direkten Gesprächen haben.»

Anna Bleichenbacher:



«Wenn ich die Nachrichten verfolge, empöre mich immer wieder die unglaubliche Diskrepanz zwischen Reich und Arm. Anstatt die Faust im Sack zu machen, setze ich meine Energie lieber zielgerichtet ein, so zum Beispiel für die Sammlung von Unterschriften.»

Andreas Berz

Frisch im Netz

Bereits seit Mitte Oktober ist die neue Website der SP Schweiz online. Wir haben unsere Visitenkarte auf www.spschweiz.ch nicht nur optisch ordentlich aufgefrischt, sondern wir haben auch unsere Inhalte rundum überarbeitet. Wir haben die Überarbeitung zum Anlass genommen aufzuräumen. So, dass du möglichst schnell findest, was du suchst. Dabei haben wir die aktuellen Kampagnen in den Vordergrund gestellt und zwölf

thematische Dossiers zusammengestellt, die dir rasch einen Überblick über die wichtigsten Positionen der SP geben. Neu kannst du auch ganz bequem online spenden. Natürlich ist der von der Aarauer Firma Prevision+ umgesetzte Webauftritt konsequent im «responsive Design» gehalten – er funktioniert also auch auf dem Smartphone oder dem Tablet tadellos. Wir wünschen viel Spass damit!

ANZEIGE

OIKO CREDIT

Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62

Wirtschaftsdemokratie verständlich

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine zentrale Forderung unseres Parteiprogramms, sie muss darum fassbar gemacht und auf den Alltag hinuntergebrochen werden. Dieser Aufgabe hat sich die AG Wirtschaftsdemokratie angenommen.

Der Mensch soll nicht im Dienste der Wirtschaft stehen, sondern die Wirtschaft im Dienste der Menschen. Die Stärkung von Politik und Demokratie gegenüber dem Markt, egoistischer Profitmaximierung und wirtschaftlichen Sonderinteressen ist deshalb eine zentrale Forderung im Parteiprogramm der SP Schweiz. Eine Arbeitsgruppe, die vom Präsidium eingesetzt wurde, ist daran, diese Forderung zu konkretisieren, sie fassbarer zu machen und auf den (politischen) Alltag hinunterzubrechen. Wir wollen vorhandene Aktivitäten und Initiativen gut vernetzen, neue Ideen entwickeln und bündeln und damit die Wirtschaftsdemokratie in das Leben und die Herzen der Menschen und mehr Demokratie in verschiedenste Lebensfelder (Wohnen, Bildung oder Care) bringen. Best-Practice-Modelle bekannt zu machen und eine Verbindung von Theorie und Praxis herzustellen sind Ziele unserer Arbeit. Wir wollen damit einen Prozess mit verschiedenen Massnahmen anstossen

und darüber verständlich informieren. Kurz: Demokratisierung der Wirtschaft muss lebbar und konkret werden.

Demokratisierung der Wirtschaft verständlich machen

Es gibt Forderungen, die politisch auf Gemeinde-, Kantons- oder nationaler Ebene angegangen werden müssen. Die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie wird jedoch nicht in erster Linie in den Parlamenten realisiert, sondern in den Betrieben, in den Quartieren und im Lebensalltag der Menschen.

Wichtig ist, die Demokratisierung der Wirtschaft verständlich zu machen – der Kommunikation wird darum ein grosses Gewicht beigemessen. Nächstes Jahr soll den Sektionen ein Bildungsmodul angeboten werden und es schwebt uns vor, gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern eine Website mit Informationen, Mustervorstößen, Literatur und einem Diskussionsforum zu betreiben.

Gewissermassen durch die Demokratie-Brille werden zudem aktuelle politische Geschäfte geprüft – kein Zufall darum der Slogan «Geldadel ist Gift für die Demokratie» im Abstimmungskampf für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Mit der Unternehmenssteuerreform III, der Erbschaftssteuer, der Vollgeldinitiative, dem Bedingungslosen Grundeinkommen oder dem Dienstleistungsabkommen TISA stehen in den nächsten Monaten und Jahren zahlreiche andere Themen auf der politischen Agenda, die ganz wesentlich die Frage einer anderen, einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft betreffen.

Zwei Veranstaltungen

Die Vernetzung verschiedener Akteurinnen und Akteure, die Herausforderungen und Chancen der Sozialen und Solidarischen Ökonomie sind Thema einer grossen Tagung, die wir am 26. Juni 2015 mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern im Kongresshaus

(Wirtschafts-)Demokratie als Notwendigkeit

Angesichts ihrer Bedeutung ist es absurd, ausgerechnet die Wirtschaft zur demokratiefreien Zone zu erklären und einer radikalen Profit- und Marktlogik unterzuordnen. Vielmehr muss sie in die Gesellschaft zurückgeholt und zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht werden.

Drei Jahrzehnte neoliberaler Vorherrschaft haben deutliche Spuren hinterlassen. Die Sozialdemokratie ist meist gezwungen, aus der Defensive zu agieren und den Status quo zu verteidigen, etwa wenn es um die Errungenschaften der Wohlfahrtsgesellschaft geht. Und wir beschränken uns in unseren Optionen immer wieder selbst, weil wir der neoliberalen Ideologie auf den Leim kriechen. Weil auch wir zu oft an die übernatürlichen Kräfte von Markt, Wettbewerb und (kapitalistischem) Wirtschaftswachstum glauben – und entsprechend handeln. Was die fortschrittlichen Kräfte weltweit brauchen, ist ein tragfähiges Gegenkonzept zum Neoliberalismus, das den modernen Bedürfnissen der Menschen entspricht. Gesucht wird ein Hegemonieprojekt, mit dem die Linke in die Offensive gelangt und der notwendige gesamtgesellschaftliche Wandel vorankommt.

Mehr Miteinander statt Gegeneinander

Demokratie ist dieses linke Hegemonieprojekt – und Wirtschaftsdemokratie ein ganz wesentlicher Teil davon. Eine demokratische Wirtschaft bedeutet mehr Miteinander statt Gegeneinander und setzt Werte anstelle von Markt. Mehr Demokratie in der Wirtschaft zu schaffen heisst, die selbst ernannte Wirtschaftsaristokratie nicht mehr allein entscheiden zu lassen. Wirtschaft soll eine öffentliche Angelegenheit darstellen, über die alle Betroffenen gemeinsam befinden. Wirtschaft als Gemeinwesen, das über einen Souverän verfügt, der mitwirken können muss. Es braucht konkrete Möglichkeiten, dieses Gemeinwesen und die eigenen Lebensverhältnisse aktiv und kontinuierlich mitgestalten zu können. Wirtschaftsdemokratie geht in diesem Sinne über Mehrheitsentscheide oder den sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich hinaus. Die

Wirtschaft zu demokratisieren heisst letztlich, sie von den Fesseln der Kapitalverwertung und Profitmaximierung zu befreien und zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte: ein unmittelbarer und produktiver Bestandteil eines selbstbestimmten guten Lebens in und mit der Gesellschaft.

Eine Frage der Vernunft

Ist es weltfremd und naiv, Wirtschaft auf diese Weise zu begreifen? Wir meinen, es ist vor allem vernünftig. Angesichts der zentralen Bedeutung des Wirtschaftens für den einzelnen Menschen und das gesellschaftliche Leben ist es doch viel eher absurd, Wirtschaft quasi von der Gesellschaft abzukoppeln, sie zu einer demokratiefreien Zone zu erklären und einer radikalen Markt-, Profit- und Konkurrenzlogik zu unterwerfen, die das Gemeinsame und die Natur nachweislich zerstört. Wachsende Un-

ch machen

Biel organisieren. Mit spannenden Inputreferaten aus Forschung und Politik wird über konkrete Beispiele aus aller Welt informiert. In praxisnahen Workshops und Plenumsdiskussionen werden die Schweizer Aktivitäten beleuchtet und politischer Handlungsbedarf formuliert.

Wir wollen die Chance nutzen, bei Nachfolgeregelungen in KMU-Betrieben wirtschaftsdemokratische Ansätze einzubringen: Betriebe an die Mitarbeitenden zu übergeben, sie gemeinsam nach nachhaltigen Unternehmenszielen zu führen und Besitzanteile auf alle zu verteilen.

Die Demokratisierung in Grossunternehmen ist Thema einer Veranstaltung im November 2014 (siehe Inserat). Auch die JUSO will hier vorwärts gehen und bis zum nächsten Frühling ein Initiativprojekt ausarbeiten.



Barbara Gysi ist Nationalrätin SG und Präsidentin der AG Wirtschaftsdemokratie

und Chance

gleichverteilung von Geld und Macht, weltweit kriegerische Konflikte um Einfluss und Ressourcen, Klimawandel und Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit auf der einen, stressbedingte Krankheiten auf der anderen Seite, eine Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus oder die Diffamierung von sozial Schwächeren: Das alles sind massgeblich Folgen eines vollends aus dem Lot geratenen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells.

Die oben genannten Probleme offenbaren zudem auch die Grenzen einer politischen Strategie, die über Umverteilung und wohlfahrtstaatliche Massnahmen immer erst im Nachhinein zu reparieren versucht, was die kapitalistische Marktwirtschaft unweigerlich kaputt macht. Aus diesen Überlegungen heraus ist es, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, unabdingbar, den Einsatz für eine offene Schweiz konsequent und systematisch mit dem Einsatz für eine andere Wirtschaft zu verbinden. Eben weil die dominante Wirtschaftsweise den für eine offene Gesellschaft nötigen Gemeinsinn, die nötige Solidarität untergräbt.



Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung in Grossunternehmen

FREITAG, 21. NOVEMBER 2014
HAUPTGEBÄUDE DER UNIVERSITÄT BERN
HS 220

16.15 – 19 Uhr 2 Workshops mit Referenten
 19 – 20 Uhr Apéro
 20.15 – 21.30 Uhr Podiumsdebatte mit Heinz Bierbaum, Jonas Pontusson, Barbara Gysi (Nationalrätin SP), Fabian Molina (Präsident Juso) und Hans Baumann (Ökonom, SGB, Denknetz); Moderation Stefan Howald (WOZ)
 Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich.

REFERENTEN
Heinz Bierbaum, Prof. Betriebswissenschaft, Leiter INFO-Institut Hochschule für Technik und Wirtschaft Saarland, Landtagsabgeordneter Die LINKE; **Jonas Pontusson**, Prof. Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen Universität Genf, Kenner des schwedischen Rehn-Meidner-Modells

Eine Veranstaltung von JUSO, SP, SGB, Denknetz, Sozialdemokratisches Forum

Wirtschaft in die Gesellschaft zurückholen

Die Sozialdemokratie hat sich seit jeher auf die Fahne geschrieben, Demokratie auch im Sozialen, in der gesamten Gesellschaft, zu verankern. Das ist sozusagen ihre DNA. Nationalstaatliche Parlamente und Volksrechte, wie wir sie kennen, sind immer weniger in der Lage, Antworten auf die heutigen Herausforderungen zu geben und das öffentliche Interesse gegen die Macht von Konzernen, Superreichen und ihren Lakaien in der Politik auch durchzusetzen. Deshalb ist es Zeit, einen weiteren Schritt zu machen und für eine Ausweitung und Vertiefung der Demokratie zu kämpfen. Für eine Demokratie, die Menschen zur realen Teilhabe in allen Lebensbereichen befähigt. Für eine Demokratie, die auch die Wirtschaft umfasst und sie zurück in die Gesellschaft holt.



Pascal Zwicky ist Projektleiter Themenmanagement bei der SP Schweiz und Mitglied der AG Wirtschaftsdemokratie

KNALLROT



Yvonne Feri
 Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber der Weg ist noch lang ...

Endlich! Mehr als dreissig Jahre nach der Einführung der Gleichstellung in der Verfassung kommen erste (Halb-)Massnahmen, damit die Lohngleichheit Realität werden kann. Zur Erinnerung: Wegen Lohndiskriminierung entgehen den Frauen in der Schweiz jedes Jahr 7,7 Milliarden Franken. Mehr als eine Million erwerbstätige Frauen sind doppelt bestraft: Die Lohneinbussen wirken sich stark auf die Renten aus. Dank unserer Bundesrätin Simonetta Sommaruga scheint der Bundesrat aus dem Fehlschlagen des Lohngleichheitsdialogs seine Lehren gezogen zu haben. Massnahmen, die auf Freiwilligkeit beruhen, bringen nichts – es ist dringend Zeit, einen Gang höher zu schalten.

Aber diese ersten Schritte sind noch sehr klein. Unternehmen mit mehr als fünfzig Angestellten zu einer Lohnanalyse zu verpflichten, ist sicher eine gute Sache – jedoch warten wir auf zwingende Massnahmen, die alle Arbeitgeber betreffen: Kantone, Städte und kleinere Unternehmen. Der Bund muss auch die entsprechenden Analyseinstrumente zur Verfügung stellen und sich vergewissern, dass die Kontrollen auf wirksame und zuverlässige Weise ausgeführt werden. Ebenso müssen Strafmassnahmen gegen Unternehmen, welche die Lohngleichheit nicht bewerten, möglich sein. Damit in der Schweiz auch die Arbeit der Frauen endlich richtig wertgeschätzt wird.

Ganz anders denken die Bürgerlichen und die Arbeitgeber (hoffentlich nicht Arbeitgeberinnen!). Der Schweizerische Gewerbeverband spricht von «unnötigen Zwangsmassnahmen gegen Lohndiskriminierung», das sei «quasi eine Lohnpolizei». Der Arbeitgeberverband zweifelt sogar plötzlich an der Statistik zur Lohndiskriminierung! Man neigt dazu sich zu fragen, ob die Arbeitgeber einfach keine Lohngleichheit wollen ...

Aber wir geben nicht auf: Am 7. März 2015 demonstrieren Frauen und solidarische Männer aus der ganzen Schweiz auf dem Bundesplatz. Wir wollen nicht nochmals dreissig Jahre warten, Lohngleichheit soll jetzt möglich sein!

PETITION

Jetzt unterschreiben!

Im nächsten Jahr stehen wichtige Klimakonferenzen an. Die Schweiz soll als Vorbild und Vorreiterin eine wichtige Rolle spielen. Ein Aufruf an unsere Energieministerin.

Wir sind die erste Generation, welche die Klimaerwärmung versteht. Wir sind aber auch die letzte, die sie stoppen kann. Wenn die Emissionen von Klimagasen nicht rasch und drastisch sinken, wird das Klimaproblem ausser Kontrolle geraten. Eine globale Erwärmung um mehr als zwei Grad würde einige oder sogar viele Gesellschaften existenziellen Risiken aussetzen.

Deshalb haben alle Regierungen dieser Welt 2010 an der UN-Klima-Rahmenkonferenz in Cancun beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass die Erwärmung zwei Grad nicht überschreitet. Dafür müsste die Weltgemeinschaft laut Nicolas Stern, dem ehemaligen Chef-Ökonomen der Weltbank, rund 1 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung aufbringen. Stattdessen macht sie mit etwa derselben Menge Geld genau das Gegenteil: Allein 2012 wurden weltweit rund 674 Milliarden Dollar investiert, um neue Quellen fossiler Energieträger zu finden. Dabei beherbergen die heute bekannten Reserven an Erdöl, Gas und Kohle schon drei bis fünf Mal mehr CO₂, als die Menschheit



Hilf mit und unterschreibe die Petition auf www.klima-allianz.ch!

noch ausstossen darf, wenn sie das 2-Grad-Ziel erreichen will. So kann das nicht weitergehen! Der Klimawandel ist kein Hirngespinnst, sondern eine reale Bedrohung für die kommenden Generationen. Taifune, Überschwemmungen und Dürren werden immer häufiger – und verheerender. Wie so oft trifft es die Ärmsten am stärksten, obwohl sie am wenigsten zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die SP setzt sich seit Jahren für einen griffigen Klimaschutz ein und unterstützt die Petition der Klimaallianz. Wir fordern Bundesrätin Leuthard dazu auf, in den Klimaverhandlungen für griffige Massnahmen einzustehen und auch in der Schweiz konsequent auf erneuerbare Quellen umzustellen.

Beat Jans ist Nationalrat BS



FUNKTIONÄRINNENSCHULUNG

Ausbildung und Austausch

Die Ausgangslage ist in jedem Kanton gleich und doch etwas anders; im Alltag arbeiten alle nebeneinander an Ähnlichem und dennoch für sich. Die Rede ist von den politischen Sekretärinnen und Sekretären der Kantonalparteien und der grössten Stadtsektionen. An zwei Wochenenden trafen sich fünfzehn von ihnen zu einer Weiterbildung in Olten.

Endlich, dachten sich viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach den vier anspruchsvollen und interessanten Tagen auf dem Heimweg. Endlich eine Gelegenheit, von Berufskolleginnen und -kollegen zu hören, wie sie das eine oder andere organisieren, wie sie mit diesem oder jenem umgehen, wo sie anstehen, was sie täglich motiviert und befeuert und wie sie Ruhe finden im zuweilen hektischen Alltag.

Während die traditionell grossen Kantonalparteien wie Bern und Zürich über ein gut dotiertes Sekretariat verfügen, laufen die politischen Fäden in mittelgrossen Kantonen meist bei einer oder zwei Personen zusammen.

An zwei Wochenenden trafen sich nun politische Sekretärinnen und Sekretäre von Zürich, Bern, Glarus, Obwalden, Basel Stadt, Luzern, Graubünden und St. Gallen. Wir kannten uns zumeist bereits von den Koordinationskonferenzen (KoKos), die jeweils am Vortag von Delegiertenversammlungen und Parteitagen stattfinden. Wir hatten schon oft inhaltlich miteinander diskutiert, auch übers Handwerk; wir hatten nach den KoKos natürlich schon das eine oder andere Bier miteinander getrunken. Aber wir hatten noch nie eine interne fachliche Schulung erlebt. An dieser ersten FunktionärInnenschulung erhielten wir in einem ausgewogenen Bil-

dungsmix eine Übersicht über die Geschichte der Sozialdemokratie, über die aktuelle Situation und die Herausforderungen der Sozialwerke und über die Medienarbeit. Daneben ging es vertieft um Projektmanagement, Leitlinien strategischer Führung und Organisation, Personalwesen und -entwicklung. Ein weiterer Schwerpunkt bildete der Ausblick auf das bevorstehende Wahljahr 2015: Kampagnenarbeit und -umsetzung, Mobilisierung, Mitarbeit und Motivierung von Freiwilligen, Sektionsbetreuung und -stärkung. Die Referentinnen und Referenten kamen teils von Movendo, aus den eigenen Reihen, von der Uni, aus dem SP-Zentralsekretariat

und aus dem Ständerat. Professionalität gestärkt, Qualität erhöht: Ziel erreicht!

Die SP Schweiz hat mit der FunktionärInnenschulung ein wichtiges Gefäss für die kantonalen politischen Sekretärinnen und Sekretäre geschaffen: Wir konnten einiges zurück in unsere Sekis nehmen, viel Wissen, viele Tipps, Anregungen – und Motivation für die vor uns liegende Wahlkampfzeit.

Guido Berlinger-Bolt ist politischer Sekretär der SP Kanton St. Gallen



Sparpaket überschreitet die rote Linie

Hier das gekürzte Votum von Kantonsrätin Felicitas Zopfi-Gassner bei der Eintretensdebatte zum Abbaupaket Leistungen und Strukturen II, Kantonsratssession vom 4. November 2014

«Leistungen und Strukturen II» ist das Resultat der missglückten Steuerstrategie. Die bürgerliche Mehrheit des Kantons Luzern war zu grosszügig beim Verteilen von Steuergeschenken. Dass wir weniger Geld aus dem NFA erhalten, ist ebenfalls eine Folge der Steuerstrategie und war voraussehbar. Der ebenfalls voraussehende Ausfall der Gewinnausschüttung der Nationalbank verschärft die Finanzprobleme, ist aber nicht die Ursache dafür. Die Ursache ist und bleibt die Steuerstrategie.

Wir sehen den Handlungsbedarf grundsätzlich auf der Einnahmenseite und nicht bei den Ausgaben. Die Ausgaben haben wir im Griff. Diese grundsätzliche Einschätzung bestätigt die Studie der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK Basel).

Die Ausgaben liegen im langjährigen Schnitt deutlich unter dem regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Ausgaben des Kantons Luzern liegen 12 Prozent unter dem Durchschnitt aller Kantone und 5 Prozent unter dem Durchschnitt der Peer Group. Bei den Ausgaben ist also kein dringender Handlungsbedarf vorhanden.

Es kann ja wohl nicht ernsthaft das Ziel sein, bei den Ausgaben und damit auch bei den Leistungen im schweizerischen Durchschnitt noch tiefer abzurutschen. Wenn wir dies tun, verlieren wir zusehends an Attraktivität und dann werden die tiefen Steuersätze zum doppelten Bumerang: leere Kassen und ein schwaches Leistungsangebot.

Mit einer kleinen Erhöhung der Gewinnsteuer bei Unternehmen und einer sehr moderaten Anhebung der Vermögenssteuer könnten wir auf den unerträglichen Teil des Sparpaketes verzichten. Mit einer Erhöhung der Unternehmens- und der Vermögenssteuer um die Hälfte hätten wir jährlich gut 40 Millionen Franken mehr zur Verfügung.

Auch hier wird unsere Stossrichtung von der Studie der BAK Basel bestätigt: Wir schöpfen unser Potenzial nicht ab. Es wird auch niemand wegen dieser sehr moderaten Steuererhöhung unseren Kanton verlassen und diese Erhöhung tut niemandem weh.

Beim Sparpaket sieht es aber ganz anders aus. Das Sparpaket ist für viele Menschen sehr schmerzhaft. Dieses Mal sind vor allem Menschen mit einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung oder Menschen, die sowieso nicht viel haben, betroffen. Damit wird eine rote Linie überschritten.



Am 30. Oktober reichten wir mit 4540 Unterschriften die Initiative für faire Unternehmenssteuern ein.

Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung müssen auf Ferien- und Wochenendbetreuung verzichten. Die Betreuung durch Fachkräfte fällt für 13 Wochen weg. Das bringt Familien über die Belastungsgrenzen. Für Erwachsene mit einer schweren Behinderung wird die Betreuung ebenfalls abgebaut und die Platzzahl soll eingefroren werden.

Meine Damen und Herren, wir haben keinen Einfluss auf die Anzahl der Menschen, die auf einen Pflegeplatz angewiesen sind. Gott sei Dank nicht. Die Institutionen haben die gesetzliche Pflicht, genügend Plätze zu schaffen, und der Kanton Luzern hat die Pflicht, dafür zu bezahlen. Die Sparmassnahmen im SEG-Bereich sind beschämend, unerträglich und absolut unchristlich!

Der Abbau beim öffentlichen Verkehr ist total kontraproduktiv. Um Geld zu sparen, werden Fahrpläne ausgedünnt. Was ist die Folge? Wenn der Bus nicht mehr fährt, nimmt man das Auto. Die bereits jetzt ausgelasteten Zentren werden den zusätzlichen Verkehr kaum mehr aufnehmen können.

Das Stauproblem, das eigentlich gelöst werden sollte, wird mit dieser Massnahme zusätzlich verschärft und die grösseren Gemeinden vor noch grössere Probleme gestellt.

Im vorliegenden Bericht heisst es, die Verantwortung für die einzelnen Massnahmen lägen beim Verkehrsverbund Luzern. Das Gleiche gilt wahrscheinlich auch für die SEG-Institutionen und die Luzerner Psychiatrie. Aber das stimmt doch einfach nicht. So einfach dürfen wir uns die Sache nicht machen. Die Verantwortung liegt ganz klar bei uns, bei uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten.

Wir und niemand anders beschliessen die Kürzungen der Gelder und lösen damit den Leistungsabbau aus.

Menschen mit einer Behinderung, Familien, vorläufig aufgenommene Personen, IV-Rentnerinnen und -Rentner und das Personal müssen bezahlen, damit die Unternehmen und die Vermögen tief besteuert werden können. Ist das gerechtfertigt? Könnt ihr das mit eurem Gewissen vereinbaren?

Die SP/JUSO-Fraktion kann das nicht.



Felicitas Zopfi
Kantonsrätin SP/JUSO

PRIVATE ALTERSHEIME

Weniger Leistung, mehr Gewinn

«Es ist nicht möglich, mit dem Betrieb eines Alters- und Pflegeheims Gewinne zu erwirtschaften, weil jedes Detail vom Kanton vorgeschrieben wird.» Das habe ich oft zu hören bekommen, wenn ich die Privatisierung von Alters- und Pflegeheimen als Teil des kapitalistischen Plans gezeisselt habe, aus öffentlichen Diensten ein profitorientiertes Geschäft machen zu wollen, um das Kapital der Besitzenden anzuhäufen. Ein Bericht in der Sonntagszeitung vom 28. September war denn auch keine Genugtuung für mich. Bereits die Einleitung in diesem Bericht sagt eigentlich alles: «Viele Alters- und Pflegeheime belegen gemäss einer Statistik des Bundesamts für Gesundheit (BAG) mehr Betten als erlaubt und beschäftigen weniger Personal als vorgeschrieben.» Ein erschütternder Bericht, der die Kantone nicht gut aussehen lässt.

Von den rund 1600 Alters- und Pflegeheimen in der Schweiz schrieben 850 im Jahr 2012 einen Gewinn von insgesamt einer Viertelmilliarde Franken. Die BAG-Statistik zeigt erstmals auf, wie mit illegalen Tricks die Alters- und Pflegeheime systematisch ausgepresst werden – immer zulasten des Personals, der Betagten und der öffentlichen Hand. Es ist be-

drückend, sich vorzustellen, dass Betagte nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Sie werden zu früh ins Bett geschickt, werden von unqualifiziertem Personal gewaschen und riskieren bei Sonderwünschen angeschnauzt zu werden. Menschlichkeit ist für die zum Teil börsenkotierten Pflegeheimketten offenbar ein Fremdwort.

Menschlichkeit ist für die zum Teil börsenkotierten Pflegeheimketten offenbar ein Fremdwort.

Ein weiterer Trick gewisser Pflegeheime ist, mehr Betten zu belegen, als vom jeweiligen Kanton bewilligt worden sind. Dieses Verhalten ist illegal; denn die Heime dürfen nur für bewilligte Betten Pflegeleistungen über die Krankenkassen und die öffentliche Hand abrechnen. Offenbar drücken viele kantonale Ämter ein Auge zu. Doch die Krankenkassen beginnen sich zu wehren und fordern Geld zurück, wenn sie von Überbelegungen erfahren. Gut so. Gegen einen weiteren Trick der Branche geht die Stadt Zürich neuerdings mit systematischen Dossierüberprüfungen vor: Bei einem Drittel von 900 überprüften Betag-

ten-Dossiers wurde eine zu hohe Einstufung festgestellt. Bereits bei einem einzigen Heimbewohner kann das gegen 10 000 Franken im Jahr ausmachen. Geld, das die Stadt Zürich jetzt zurückfordert. Gut so.

Aufhorchen lässt auch eine Auswertung des VPOD: Das Pflegepersonal verdient in privaten Alters- und Pflegeheimen im Durchschnitt rund 14 Prozent weniger als in staatlichen Heimen. Wie soll so der Pflegeberuf attraktiv sein für Menschen, die in unserem Land aufgewachsen sind? In der politischen Diskussion perfid ist, dass genau dieselben Kreise das Loblied der Privatisierung singen, die weniger Zuwanderung fordern. Genau deshalb müssen wir uns bei wirtschaftspolitischen Debatten vermehrt einmischen. Denn überlassen wir die Wirtschaftspolitik den Neoliberalen, erleben wir in allen Branchen Lohn- und Sozialdumping auf der einen und schlechtere öffentliche Dienste auf der anderen Seite. Und das wäre für uns alles andere als gut so.



Giorgio Pardini
Kantonsrat

JUSO KANTON LUZERN

Wir führen mehr als einen Wahlkampf

Für die JUSO Kanton Luzern findet im März 2015 mehr als nur Wahlkampf statt. Es ist ein Deutungskampf, es ist ein Kulturkampf, den wir als Linke in diesem Wahljahr zu führen haben werden und den wir zu führen verpflichtet sind. Die universellen Werte offener, moderner Gesellschaften (Freiheit, Gleichheit, Solidarität) sind während Jahren in Bedrängnis geraten durch einen neoliberalen, rechtsbürgerlichen Mainstream, der keine Scham dabei empfindet, einige wenige Privilegierte auf Kosten der Gesellschaft zu über-vorteilen.

Der kontinuierliche Abbau, die fortschreitende Demontage des namentlich durch die Sozial-

demokratie hervorgebrachten Sozialstaates ist Ausdruck dieser Gesinnung. Wenn im Kanton Luzern zur Quersubventionierung einiger Vermögender und Unternehmen ein Sparpaket nach dem anderen verabschiedet wird, wenn die finanziellen Ausfälle auf Personen mit mittlerem und tiefem Einkommen abgewälzt werden, wenn die verschenkten Steuergelder bei Schulen, Heimen und allen weiteren Leistungserbringern unter schmerzhaftem Qualitätsverlust eingespart werden müssen, dann können wir nicht mehr von finanzpolitischen Meinungsverschiedenheiten sprechen. Diese Entwicklungen sind Symptom einer unflexiblen Ideologie, welche

die Gesellschaft spaltet und ent-solidarisiert.

Wir haben ein anderes Bild von Gesellschaft und Staat. Wir wollen in einem Kanton Luzern leben, wo Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, sozialen Schicht und körperlichen Leistungsfähigkeit die gleichen Möglichkeiten offenstehen, gemäss ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten am öffentlichen Leben zu partizipieren. Das ist aber nicht möglich in einem Kanton, welcher sich auf Kosten der Betreuung behinderter MitbürgerInnen und der Bildung von SchülerInnen finanziell zu sanieren versucht, weil wichtiger erscheint, die Steuerprivilegien einiger weniger unangetastet zu lassen.

Dass die mehr als 200 Jahre alten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im neoliberalen Staatsverständnis vieler bürgerlicher PolitikerInnen keinen Platz mehr finden, ist beschämend. Wir werden der von ihnen angestrebten Entwicklung in einem fulminanten Wahlkampf entgegenhalten. Weil wir es wollen, weil wir es müssen und weil wir es gemeinsam mit der SP auch können.



2015: 125 Jahre SP Basel-Stadt

Die SP BS feiert 2015 ihr 125-jähriges Bestehen. Am 26. Juni 1890 wurden die Schweizerischen Sozialdemokraten Basel gegründet. Dieses Jubiläum wollen wir nicht an nur einem grossen Anlass, sondern das ganze nächste Jahr über ausgiebig feiern.

Das Ziel ist, damit eine grosse Aussenwirkung zu erreichen: Wir möchten zeigen, wer die SP ist und was sie tat, tut und tun wird. Alle Genoss_innen, die Quartiervereine, die JUSO, die Sachgruppen, SP-Frauen, SP 60+ und weitere Gruppen sind dazu eingeladen, das Jubiläum mitzugestalten, denn wir alle sind die SP. Die Sitzungen des Parteivorstandes, der Geschäftsleitung und der Fraktionen in Grossrat und Bürgergemeinde nicht mitgezählt, wurden allein dieses Jahr von der SP Basel-Stadt über 100 Veranstaltungen organisiert. Dies zeigt, dass wir unglaublich aktiv sind. Ich bin mir sicher, dass diese Tatsache den meisten Menschen in Basel-Stadt verborgen bleibt. Deshalb sollen nächstes Jahr alle Veranstaltungen (wenn möglich) für alle Interessierten innerhalb und ausserhalb der Partei geöffnet werden. Darunter fallen Mitgliederversammlungen, Standaktionen, Vorträge, Stammtische und weitere geeignete Formate. So zeigen wir, wer wir sind, was die SP alles leistet, wo sie steht und welche Visionen sie für die Zukunft hat. Neben diesem Fokus auf die Gegenwart und Zukunft der Partei soll die Vergangenheit und Geschichte der Basler SP vorgestellt werden. Zentraler Bestandteil der Feierlichkeiten ist die Jubiläumspublikation «125 Jahre SP Basel-Stadt – Kleines Lexikon in 100 Stichworten», worin die Geschichte der Kantonalpartei erläutert wird. Zur Erscheinung des Buches im Herbst 2015 wird es eine Vernissage geben.



Natürlich darf das fulminante Fest im Jubiläumsjahr nicht fehlen: Es wird am Samstag, 27. Juni 2015 im SUD stattfinden. Das Fest ist vor allem als ein Dankeschön an euch alle gedacht. Ausserdem sind ein Liederabend und szenische Stadtführungen geplant.

Mit dieser Vielfalt an Veranstaltungen werden wir also unser Jubiläum nicht an einem einmaligen grossen Anlass, sondern das ganze Jahr hindurch feiern. Wir möchten damit aktiv auf die Leute zugehen und sie abholen. Die Verflechtung der Partei mit der Stadt und der Bevölkerung soll ins Bewusstsein gelangen. Es wird eine Homepage geben, die auf alle Anlässe aufmerksam macht, sowie ein einheitliches Grafikdesign, das für sämtliche Veranstaltungen verwendet werden soll. Das ganze

Konzept wird im Detail an der Delegiertenversammlung vom 25. November vorgestellt. Gerne besucht das Organisationsteam auch die Quartiervereine für weitere Informationen.

Die Vorbereitungen für die einzelnen bereits festgelegten Anlässe sind in vollem Gange. Weitere Anregungen, Ideen und Inputs sind sehr willkommen! Melden könnt ihr euch bei mir unter: 076 374 84 92 oder unter: michela.seggiani@vtxnet.ch

Michela Seggiani
Vize-Präsidentin SP Basel-Stadt



AGENDA SP BASEL-STADT

Montag, 17. November

Parteiivorstand

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 25. November

Delegiertenversammlung

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Montag, 1. Dezember

Parteiivorstand

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 16. Dezember

Delegiertenversammlung

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

WAHLEN 2015

Ausschreibung für die Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

In einem Jahr finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die SP Basel-Stadt setzt sich zum Ziel, einen dritten Sitz im Nationalrat zu erobern. Dazu braucht es eine starke Zusammensetzung der Liste. Es wird voraussichtlich eine Listenverbindung mit anderen linken und ökologischen Parteien geben.

Für die Wahlen suchen wir Kandidierende mit einer breiten politischen Erfahrung und einem hohen Bekanntheitsgrad. Parlamentserfahrung

ist nicht Bedingung, aber von Vorteil. Interessierte melden sich mit einem Lebenslauf von einer A4-Seite bei Nicole Amacher bis zum 15. Dezember 2014.

Für Rückfragen steht die Präsidentin der Partei, Brigitte Hollinger, zur Verfügung (076 467 33 93).

Michela Seggiani
Vize-Präsidentin und Präsidentin
der Wahlkampfleitung



Gérard Colombat / flickr.com

Ende November entscheidet sich, ob die SP weiterhin mit zwei Mitgliedern in der fünfköpfigen Thuner Stadtregierung vertreten sein wird.

THUN FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

In Thun weht ein Hauch von Amerika

Volle Stadtratsliste ohne Kumulationen, inhaltsbetonter Wahlkampf, mobilisieren per Telefon: Mit diesen drei Strategien will die SP Thun bei den Lokalwahlen vom 30. November zu den Siegern gehören.

Als der SP-Vorstand Anfang Jahr beschloss, mit 40 statt 20 StadtratskandidatInnen in die Wahlen von Ende November zu steigen, glaubten nur wenige an einen Erfolg. Doch der ambitionöse Entschied mutierte zu einer Erfolgsgeschichte und führte dazu, dass die SP nun als einzige Partei mit 40 KandidatInnen antritt. Hätte sich der Vorstand mit 20 Kandidierenden zufrieden gegeben, befänden sich auf der Liste kaum neue Gesichter.

Erstmals figurieren auf der SP-Liste mehrere Parteilose, was die Offenheit der SP betont. Bei der SP kandidieren zudem sowohl der jüngste Kandidat als auch die älteste Kandidatin, womit die SP wie keine andere Partei das ganze

Spektrum an Altersgruppen abdeckt. Auch bei Kandidierenden mit Migrationshintergrund ist die SP Thun einsame Spitze. Allein diese Vorteile sind erfolgversprechend.

Inhalte statt leere Phrasen

Über ein Jahr lang erarbeitete die SP Thun ihre Wahlthemen. Hierzu nutzte sie die Arbeitsgruppen, die sie in den letzten Jahren wiederbelebt hat. Hinzu kommt ein weiterer Erfolgsfaktor: Im letzten Herbst gewann die SP in Langnau die Wahlen, was auf einen inhaltsbetonten Wahlkampf zurückzuführen war. Verantwortlich dafür war Hanspeter Buholzer. Also engagierte kurzerhand auch die SP Thun Hanspeter

Buholzer. Resultat: Keine andere Thuner Partei führt ihren Wahlkampf dermassen mit Inhalten wie die SP.

Mit dem Mobilisierungswahlkampf kommt noch eine dritte Strategie hinzu: Im Sommer äusserte die SP Schweiz den Wunsch, in Thun ein Pilotprojekt im Hinblick auf den Wahlherbst 2015 durchzuführen. In Chur feierte die SP im Frühjahr dank dem Mobilisierungswahlkampf das beste Grossratsresultat ihrer Geschichte. Das wird in Thun, wo die SP einmal 21 von 40 Stadträten stellte, kaum möglich sein. Da ist das Wahlziel, sich von acht auf elf Sitze zu steigern, geradezu bescheiden. Doch was heisst überhaupt Mobilisierungswahlkampf? Es bedeutet, hunderte von Anrufen zu tätigen: an alle Mitglieder, SP-SympathisantInnen und WählerInnen aus dem persönlichen Umfeld der KandidatInnen. Damit weht in Thun erstmals ein Hauch US-Wahlkampf. Auf dass die SP am Wahlabend sagen kann: «Yes, we can!»

Mehr Infos auf www.sp-thun.ch oder auf Facebook «Thun für alle statt für wenige»

REINE MÄNNERREGIERUNG?

Um die fünf Thuner Gemeinderatssitze buhlen drei ähnlich starke Blöcke:

- Der SVP-FDP-Block mit Stapi Lanz will die beiden SVP-Sitze verteidigen.
- Ein diffuser «Mitte»-Block (gemeinsame Liste von EDU, GLP, CVP und EVP im Verbund mit der BDP) will den Sitz von Ursula Haller (BDP) erben und einen zweiten Sitz hinzugewinnen.
- Der rotgrüne Block will die beiden SP-Sitze von Marianne Dumermuth und Peter Siegenthaler sichern.

Wiederholt sich das Resultat der Grossratswah-

len vom Frühjahr, besteht die Gefahr, dass die SP einen Sitz an das diffuse «Mitte»-Bündnis verlieren könnte. Die BDP hat mit dieser Listenverbindung ihr bis anhin gepflegtes Credo der Unabhängigkeit verlassen. Hinzu kommt, dass der Kandidat der schwächsten Partei (CVP) die grössten Wahlchancen hat. In einer Exekutive sollten die politischen Kräfte und die Geschlechter angemessen vertreten sein. Mit momentan einem Stadtratssitz und einem Wähleranteil von ca. zwei Prozent hat die CVP keinen Anspruch auf einen Sitz im Thuner Gemeinderat.

Franz Schori
ist Gewerkschaftssekretär bei syndicom,
seit 2010 Thuner Stadtrat und
seit 2007 Präsident der SP Thun.



Mehrsprachigkeit ist ein Privileg

Auszüge aus der Rede von Bundesrat Alain Berset am Freitag, 31. Oktober 2014, anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Basel.

La compréhension mutuelle est – comme la démocratie – une tâche et un devoir de tous les instants. Or la compréhension mutuelle passe par l'apprentissage d'une autre langue nationale que la sienne. Nous devons avoir accès à la culture de l'autre. La connaissance d'une autre langue nationale n'est pas seulement une question de communication, c'est aussi une question de dimension culturelle et de cohésion nationale. Il est donc particulièrement important que les élèves se familiarisent tôt et durablement avec une deuxième langue nationale.

La compréhension mutuelle ne va pas de soi et nécessite un travail pédagogique et politique. Le travail pédagogique n'est pas une tâche facile, les exigences à l'égard de l'école en général et du corps enseignant en particulier étant multiples et parfois contradictoires. Ce travail mérite notre reconnaissance et notre soutien.

Je suis convaincu que l'engagement de nos enseignants est à la hauteur de la mission qui leur est confiée. Je suis toutefois conscient que l'engagement n'est pas tout et que les conditions de base doivent être réunies pour atteindre le résultat souhaité: une bonne formation initiale et continue, des plans d'étude et des moyens d'enseignement de qualité, une organisation scolaire adéquate. Ce travail-là appartient aux cantons.

Message culture

Sur le plan fédéral, nous nous engageons pour améliorer le soutien à l'enseignement des langues nationales. Avec notre nouveau Message culture, nous voulons travailler avec les cantons à développer les échanges entre régions linguistiques pour les écoliers et les apprentis, et faire en sorte qu'un maximum de jeunes participe à un échange au cours de leur scolarité. Nous entendons également mettre en place un programme d'échanges pour les enseignants et améliorer les concepts didactiques, notamment grâce au centre national de plurilinguisme. Nous souhaitons également soutenir des projets innovants d'enseignement de la langue italienne à l'extérieur du Tessin.

Plurilinguismo

È vero che la discussione concerne soprattutto il francese come lingua straniera. Ma non vanno dimenticate nemmeno le altre lingue nazionali minoritarie.

Per promuovere a lungo termine la comprensione reciproca tra le diverse comunità linguistiche del nostro Paese bisogna impedire

Keystone



che l'insegnamento della terza lingua nazionale sia ulteriormente ridotto. I Cantoni devono continuare a offrire l'insegnamento dell'italiano nelle scuole. Ed è importante soprattutto che le scuole di maturità continuino a offrire l'italiano come materia d'esame.

Verantwortung gegenüber Ganzem

Vor zehn Jahren haben sich die Kantone nach intensiver Debatte auf einen Kompromiss in der Sprachenfrage geeinigt. Es soll ab der Primarstufe eine Landessprache unterrichtet werden. Der Bund unterstützt diesen Kompromiss.

Die Kantone sind in diesen zehn Jahren einen langen Weg gegangen. 23 von 26 Kantonen sind in der Umsetzungsphase. Alle befinden sich in einem Harmonisierungsprozess. Der Bund erwartet von allen Kantonen, dass sie diesen Prozess bis zu seinem Abschluss durchführen – und dass sie die Harmonisierungsziele respektieren. Diese Harmonisierung ist Teil des Verfassungsauftrags, den das Volk und alle Stände mit grosser Mehrheit angenommen haben.

Verschiedene Volksinitiativen hinterfragen diesen Kompromiss. Hier stehen die politisch Verantwortlichen in der Pflicht, gegen diese Initiativen klar Position zu beziehen.

Föderalismus heisst nicht, dass jeder auf seinem Gebiet macht, was er will. Für die Volksschule sind die Kantone zuständig, sie tragen aber auch eine Verantwortung gegenüber der Schweiz als Ganzes. Sonst funktioniert der Föderalismus nicht.

Ich bin zuversichtlich, dass der Kompromiss hält und in der Primarstufe weiterhin eine Landessprache unterrichtet wird. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, dann wird der Bund von seiner subsidiären Kompetenz Gebrauch machen, die ihm die Verfassung gibt. Der Bundesrat hat dies mehrfach festgehalten.

Wir sollten einen kühlen Kopf bewahren, es sind derzeit viele Emotionen im Spiel. Meine Hoffnung in dieser Debatte ist, dass die Mehrsprachigkeit nicht einfach als Pflicht wahrgenommen wird. Mehrsprachigkeit ist auch ein grosses Privileg.

Marignano war die Geburtsstunde

Das historische Selbstverständnis der Mainstream-Schweiz ist einem Mythos verhaftet, der von einem über 700-jährigen Freiheitskampf des «einig Volk von Brüdern» erzählt, das sich erfolgreich gegen alles wehrt, was von aussen kommt, und nebenbei Unabhängigkeit und Neutralität erfindet. Die Wahrheit ist prosaischer – und spannender. Wie das Beispiel der Schlacht von Marignano zeigt.

Nichts gegen Mythen, jedes Land kennt sie. Es sind zumeist ganz tolle Geschichten, und zum «nation building» gehören sie einfach dazu.

Mein persönlicher Lieblingsmythos ist die Geschichte von Tell, unserem Alpen-Che-Guevara. Schiller hat ihm mit seinem Drama ein Denkmal gesetzt, das viele Revolutionäre im 19. Jahrhundert beflügelt hat. Sogar die schweizerischen, die 1848 den modernen Bundesstaat Schweiz gegründet haben. Denn in Mythen stecken kollektive Sehnsüchte. Bei Tell ist das der Ungehorsam gegenüber Obrigkeiten und die Ablehnung des Untertanengeistes. Nur ist ein Mythos noch lange keine historische Wahrheit: Wer ein ausschliesslich mythenzentriertes, holzschnittartiges Geschichtsbild hat, kann nicht aus der vielfältigen Geschichte des Landes lernen.

Wer hats erfunden? Nicht die Schweiz

Wenn wir den Mythos beiseite lassen und zurückschauen, sehen wir: Abgeschottet von der Aussenwelt haben auch die Bauern in den Alptälern von Uri, Schwyz und Unterwalden im 13. und 14. Jahrhundert nicht gelebt. Sie trieben munter Handel über die Alpenpässe hinweg. Unabhängig oder frei waren sie auch nicht: Bündnisse wie jenes zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden gab es in der damaligen Zeit viele. Sie wollten Reichsfreiheit und dienten den lokalen Clans zur Absicherung ihrer Herrschaft gegenüber dem gemeinen Volk. Es hatte «ein jeder nach seinem Stande seinem Herrn nach Gebühr untertan» zu sein, wie es urkundlich heisst. Nix von der Freiheit und der Demokratie, die wir heute in unserer DNA zu haben glauben.

Ähnlich verhält es sich mit der Neutralität: Dieser Gedanke ist zur schweizerischen DNA geworden. Das macht ihn so interessant für jene, die glauben, die Idee der Schweiz für sich gepachtet zu haben. Man erkennt sie daran, dass sie laut «Marignano, Marignano!» rufen. Und behaupten, das sei der Ursprung der schweizerischen Neutralität. Doch wer hats erfunden? Nicht die Schweiz. Ganz besonders nicht in Marignano, und schon gar nicht 1515.

Die Mutter aller eidgenössischen Niederlagen

Ein Blick zurück: Es war ein schöner Spätsommertag, als am 13. September 1515 bei Marignano die verbliebenen Truppen einiger eidgenössischer Orte gegen das Heer des neu-

en französischen Königs Franz I. losstürmten. Was folgte, ist bekannt: ein Gemetzel und Blutbad mit über 10 000 Toten. Es war die Mutter aller eidgenössischen Niederlagen.

Bis zu dieser Niederlage galten die alten Eidgenossen in ganz Europa als unschlagbar, auch Machiavelli schrieb bewundernd über diese rabiatischen Söldner. Noch kurz zuvor hatten sie sich als Grossmacht gebärdet und ihr Terrain nach Westen und Süden ausgedehnt – in einem eigentlichen Expansionskrieg bis nach Mailand. Nur: Die politischen Konstellationen änder-

ten sich. Der französische König Franz I. offerierte den Eidgenossen einen Sondervertrag, um Mailand zu bekommen. Wie so oft waren sich die 13 Orte der alten Eidgenossenschaft nicht einig: Einige stimmten zu und zogen ihre Truppen ab. Die anderen stürzten sich in die Schlacht. Die Niederlage führte zum Ende der eidgenössischen Grossmachtambitionen.

Die Geburtsstunde der Exportschweiz

Nur: Viel wichtiger ist der Vertrag «Ewiger Frieden», den die alten Eidgenossen 1516 mit



der Exportschweiz

dem Sieger von Marignano schlossen. Der französische König sicherte den Eidgenossen die Gebiete des heutigen Tessins als gemeine Herrschaft. Und er öffnete ihnen durch Zoll- und Handelsprivilegien den Zugang zum riesigen französischen Binnenmarkt und zum Salz, dem weissen Gold von damals. In dieser Zeit kannte man die schweizerischen Salzvorkommen noch nicht, Salz war aber elementar für die Viehwirtschaft und die Produktion von Käse, einem der wichtigsten Exportgüter von damals.

Zudem schloss man mit der französischen Monarchie einen Soldvertrag mit gegenseitigem Nichtangriffspakt. Der König durfte bei Bedarf jederzeit auf 16 000 Schweizer Söldner zurückgreifen. Dieses exklusive Bündnis mit Frankreich dauerte bis zur französischen Re-

volution 1789 und war so eng, dass der französische Botschafter als einziger Vertreter einer europäischen Macht jeweils an den Tagsatzungen teilnehmen durfte: Wir waren so etwas wie der Juniorpartner der Franzosen. Mit tollen Handelsmöglichkeiten. So gesehen war Marignano die Geburtsstunde der Exportschweiz. Nicht der Neutralität. Der Einigkeit und der Unabhängigkeit sowieso nicht.

Souveränität dank der geopolitischen Lage

Unabhängig wurde die Schweiz erst viel später, nämlich beim Westfälischen Frieden 1648. Vermittelt hatte diesen Vertrag der Basler Bürgermeister Wettstein. Eigentlich reiste er nach Münster, um zu erreichen, dass Basler Kaufleute bei Gerichtsstreitigkeiten nicht mehr vor Reichsgericht mussten. Der französische Gesandte unterstützte ihn dabei, die Herauslösung aller Orte aus dem Reich zu verhandeln. Natürlich nicht uneigennützig. Die französische Monarchie erreichte damit eine vertiefte, privilegierte Kooperation mit der alten Eidgenossenschaft und sicherte sich die Durchmarschrechte für ihre Truppen. Wettstein wiederum nutzte geschickt die Situation, dass keine der Grossmächte einer anderen die Alpenpässe gönnte. Damit ersparten sich die Grossmächte einen chronischen Krieg um die Alpenübergänge. Kurz: Es war die geopolitische Lage mitten in Europa, der die Schweiz ihre Souveränität verdankt. Bilaterale Abkommen gab es übrigens schon damals, einfach auf Ebene der Orte: Viele von ihnen unterhielten Soldverträge mit fast allen europäischen Mächten. Und belieferten halb Europa für viel Geld mit Söldnertruppen. Die jungen Männer waren wie Käse: ein erfolgreicher, lukrativer Exportartikel.

Darin war sich das «einige Volk von Brüdern» einig. In vielen anderen Fragen aber nicht: Die Orte führten untereinander Dutzende von Kriegen und waren religiös tief gespalten. Fast wäre das Land im Bürgerkrieg untergegangen, wenn nicht Napoleon mit seiner Mediationsakte 1802 eingegriffen hätte. Nach der Aufhebung der Mediationsverfassung versanken die Orte wieder in die alten Kämpfe gegeneinander und einigten sich erst kurz vor dem Wiener Kongress auf Druck der Grossmächte auf einen Bundesvertrag.

Der Rückzug der besiegten Eidgenossen nach der Schlacht bei Marignano (aus dem Fresko von Ferdinand Hodler).

Die Geburtsstunde der Neutralität

Der Kongress 1815 war denn auch die eigentliche Geburtsstunde der Neutralität. Allerdings war das keine Schweizer Erfindung: Der Eidgenossenschaft wurde die ewige Neutralität verordnet. Die Grossmächte hätten das Land auch von der Landkarte streichen und es aufteilen können. Sie zogen es aber vor, bei der Neuordnung von Europa einen stabilen Puffer in der Mitte zu haben. Die Schweiz machte aus der Not eine Tugend und aus der aufgezwungenen Neutralität ein Erfolgsmodell: Aus den fremden Diensten sind später die guten Dienste geworden. Schweizer Söldner gibt es nur noch im Vatikan – als Schweizergarde.

Aus unserer Geschichte können wir lernen, dass es gute Gründe gibt, immer wieder neue, pragmatische Wege für die Kooperation mit Europa zu finden.

Kurz: Der historische Prozess ist komplizierter, aber auch spannender, als es uns gewisse Kreise glauben machen wollen, die isoliert Mythen beackern. Wenn sich etwas wie ein roter Faden durch die Schweizer Geschichte zieht, dann sind es vor allem die ständigen internen Streitigkeiten und die permanente Verflochtenheit mit Europa: Abschottung und Isolation waren in der Schweizer Geschichte nie die praktische Politik unserer Vorfahren zur Erreichung von Souveränität und Unabhängigkeit. Im Gegenteil. Die Schweiz verdankt ihre Existenz sowohl sich selbst als auch dem Willen Europas. Wie Peter von Matt in einer klugen Rede einmal gesagt hat: «Die Schweiz ist unsere Heimat und die Heimat der Schweiz ist Europa.»

Wir haben keinen Grund, Europa als Gegner zu betrachten, wie das nationalistische Kreise tun. Aus unserer Geschichte können wir lernen, dass es gute Gründe gibt, immer wieder neue, pragmatische Wege für die Kooperation mit Europa zu finden. Aber dafür müssen wir zuerst die Mythen als das bezeichnen, was sie sind: schöne Mythen.



Anita Fetz ist Ständerätin BS. Sie hat Geschichte und Ökonomie in Basel und Berlin studiert.



«Alles, was wir machen, kann man

Das Denknetz feiert sein zehnjähriges Bestehen. «links» hat mit dem Gründungsmitglied und Geschäftsführer Beat Ringger über den linken Thinktank gesprochen. Interview: Andrea Bauer

Du gehörst zu den Gründungsmitgliedern von Denknetz. Welche Idee steckt hinter dem Thinktank?

Bei der Gründung beschlossen wir, dass wir ein «Thinktank von unten» sein wollen: ein Verein von Leuten, die in verschiedenen Arbeitsgruppen mitwirken, um längerfristig und grundlegend über linke, fortschrittliche Politik nachzudenken. Wir wussten damals nicht, ob das funktionieren würde, glaubten aber an dieses Modell.

Glaubt ihr nach zehn Jahren immer noch daran?

Ja. Es ist uns nicht nur gelungen, über tausend Mitglieder zu gewinnen, sondern auch achtzig Leute zu vereinen, die kontinuierlich in verschiedenen Gruppen mitwirken. Entscheidend ist zudem, dass wir eine Diskussionskultur entwickeln konnten, in der man sich dafür interessiert, was die anderen zu sagen haben, und in der es nicht darum geht, recht zu haben und sich durchzusetzen.

Wie funktioniert so ein Thinktank konkret?

Ein grosser Teil der Arbeit geschieht in Fachgruppen, die in der Regel fünf Mal pro Jahr einen halben Tag zusammenkommen. Meistens gibt es ein Hauptthema, in das man sich intensiv vertieft. Wir schreiben oft kollektive Texte, für welche wir uns auch mal anderthalb Jahre Zeit nehmen – so lange eben, wie es braucht, bis wir mit der Qualität zufrieden sind.

Gemäss Statuten ist das Denknetz parteipolitisch unabhängig, sieht sich aber den Werten Freiheit, Gleichheit, Solidarität verpflichtet. Bei diesen Begriffen schlägt das sozialdemokratische Herz höher ...

Das Denknetz ist ganz klar links. Und fast alle, die bei uns mitarbeiten, haben ein Verständnis der Gesellschaft als Ort von Auseinandersetzungen zwischen sozialen Klassen mit teilweise gegensätzlichen Interessen – und nicht als einer soziotechnischen Veranstaltung, wo man nur an den richtigen Schrauben drehen muss, um Probleme zu lösen. Wir sind aber keine Partei und auch kein Partei-Ersatz – nur so können wir uns Raum zum Denken schaffen, ohne in den Sog taktischer Fragen oder von Machtgeschichten und Konflikten zu geraten.

Politik funktioniert nun mal auch über Parteien.

Habt ihr überhaupt den Anspruch, dass eure Ideen Eingang in das politische System finden? Auf jeden Fall. Die meisten Leute, die beim Denknetz mitwirken, sind auch andernorts engagiert, sei das in einer NGO, einer Partei oder einer Gewerkschaft. Sie überlegen sich immer auch, welche Bedeutung grundsätzliche Ideen für die politische Praxis haben. Wichtig für uns ist auch die Mitarbeit von Leuten aus der Praxis, zum Beispiel von Spitex-Angestellten oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, welche die jeweiligen Welten, über die wir diskutieren, auch real kennen.

Gibt es Beispiele einer ganz konkreten Verzahnung mit Parteien?

Ja. Drei Beispiele: Zur 1:12-Initiative haben wir zusammen mit der Juso ein Buch herausgegeben, um das Projekt inhaltlich abzustützen. Zur Unternehmenssteuerreform III haben wir zusammen mit Leuten aus der SP und aus NGO ein eigenständiges Kompetenzzentrum aufgebaut, das die Reform begleitet. Im Bereich der Langzeitpflege und -betreuung arbeiten wir



aktuell an einem Denknetz-Pflegemodell, das als Grundlage für die anstehenden Auseinandersetzungen um die Betagtenbetreuung und die Pflegefinanzierung dienen soll.

Wie könnt ihr die Parteien davon überzeugen, dass man auch über Dinge diskutieren muss, die man vielleicht nicht schon morgen brauchen kann?

Ich bin der Überzeugung, dass man alle Dinge, die wir machen, schon morgen brauchen kann, denn viele alltägliche politische Diskussionen drehen sich letztendlich um grundlegende Fragen. Wenn wir etwa über die Unternehmenssteuerreform diskutieren, geht es immer um die ganz grundsätzliche Frage der Verteilung von Reichtum und Macht in der Gesellschaft.

Wieso erhält eigentlich das Denknetz nicht so viel Aufmerksamkeit wie sein neoliberaler Pendant Avenir Suisse, das mit jeder kleinsten Äusserung tagelang die Medien dominiert? Avenir Suisse ist Teil der Macht in diesem Land. Darüber zu berichten gehört ins journalistische Pflichtenheft der Mainstream-Medien. Da können wir nicht mithalten. Wir messen uns aber auch nicht in erster Linie an der medialen Präsenz, sondern daran, ob es uns gelingt, einen wirksamen Beitrag zur Entwicklung einer fortschrittlichen Arbeits- und Diskussionskultur innerhalb der Linken leisten zu können.

DENKNETZ-PUBLIKATIONEN



Iris Bischel, Ulrike Knobloch, Beat Ringger und Holger Schatz (Hrsg.): **Kritik des kritischen Denkens** Denknetz-Jahrbuch 2014. Zürich, edition 8.



Denknetz (Hrsg.): **Die überflüssige Schweiz** Zürich, edition 8.

schon morgen brauchen»



«Wir konnten eine Diskussionskultur entwickeln, in der man sich dafür interessiert, was die anderen zu sagen haben, und in der es nicht darum geht, recht zu haben», sagt Beat Ringger.

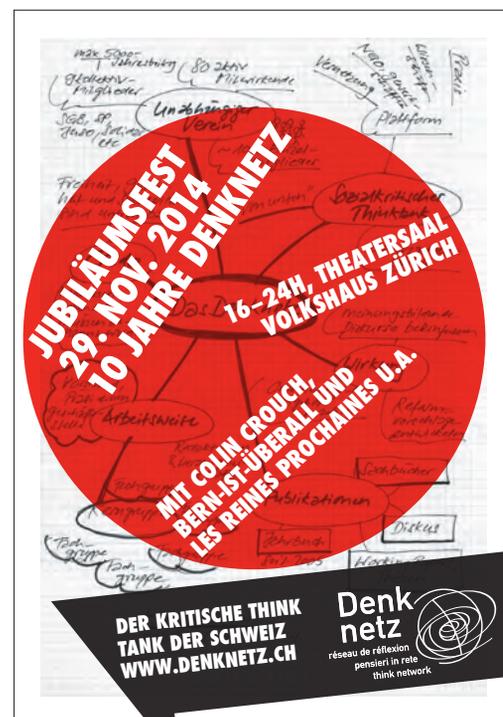
Und – wie sieht diesbezüglich das Fazit nach zehn Jahren aus?

Viele Leute haben gemerkt, dass wir Interessantes zu sagen haben, etwa zu den Themen Steuerpolitik, soziale Sicherheit, Care, Bildungspolitik oder zu Verteilungsfragen. Unsere Website bietet rund 400 Beiträge mit eigenen Recherchen, Analysen, Thesenpapieren und Reformkonzepten. Es lohnt sich, sich davon ein eigenes Bild zu machen.

Welche Themen werden euch in den nächsten zehn Jahren beschäftigen?

Die Folgen der Abstimmung vom 9. Februar werden bestimmend sein für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre, darum sind die Beziehung zu Europa und die Migrationspolitik für uns zu wichtigen Themen geworden. Wir werden uns sicher weiter mit Bildungspolitik, Steuerpolitik und Verteilungsfragen beschäftigen, ein roter Faden seit unserer Gründung. Daneben wollen wir uns noch intensiver den Care-Fragen widmen, die noch nicht richtig im Herzen der Linken angekommen sind. Stärker beschäftigen werden uns auch die Themen Wirtschaftsdemokratie und Demo-

kratie generell. Daneben sind wir aber auch eine offene Plattform. Wenn fünf oder zehn Leute kommen und sagen: Wir wollen eine Fachgruppe Kulturpolitik gründen, so sind diese Leute im Denknetz herzlich willkommen.



MITGLIEDSCHAFT

Die Mitgliedschaft im Denknetz kostet Fr. 100.– im Jahr (Fr. 40.– für Nicht- oder Wenigverdienende), Mitglieder erhalten alle Denknetz-Publikationen kostenlos per Post zugestellt.

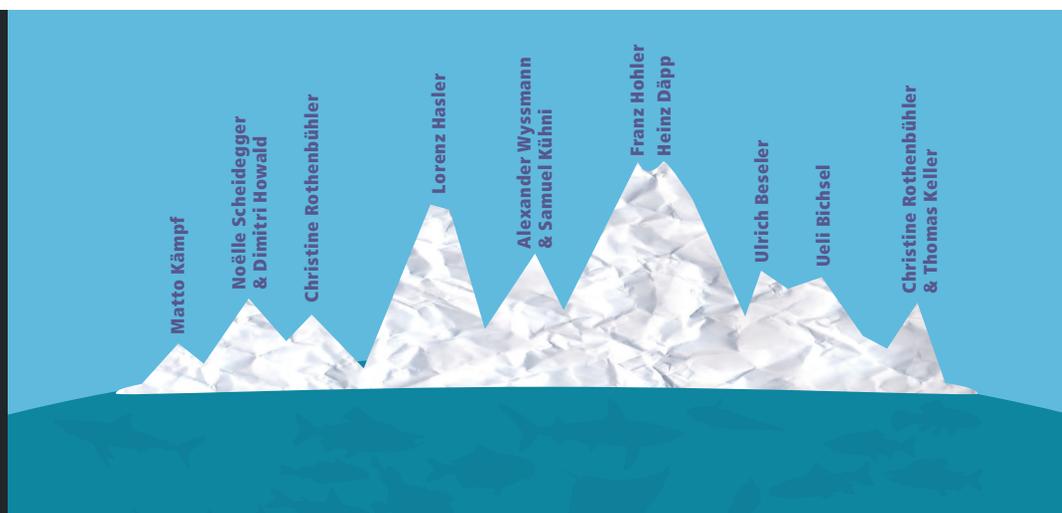
Anmeldung: www.denknetz.ch

ANZEIGE

Dinieren in völliger Dunkelheit begleitet von künstlerischen Darbietungen

Grosse Halle Reitschule Bern
19. November 2014 bis 24. Januar 2015
Detailprogramm: www.grossehalle.ch

BLINDE INSEL



BRIEFE

«links» 148, «Sex ist Trumpf bei SRF» von Yvonne Feri

Prostitution verletzt die Menschenwürde

Yvonne Feris Kolumne in der letzten Ausgabe von «links» macht fassungslos. Wie ist es möglich, dass ein linker Mensch, eine linke Frau die Prostitution als einen gesellschaftlich zu akzeptierenden Beruf betrachtet? Dass sie glaubt, Prostitution sei freiwillig? Dass sie nicht versteht, warum es entwürdigend ist, wenn Menschen andere Menschen kaufen?

Menschen prostituieren sich aus finanzieller und sozialer Not. Prostitution ist mit der Menschenwürde unvereinbar. Eine Gesellschaft, die Prostitution als Beruf anerkennt, befürwortet und fördert Verletzungen körperlicher und psychischer Integrität.

Die Mär der sogenannten «freiwilligen» Prostitution erfinden jene, die davon profitieren. Wer sie kolportiert, handelt bestenfalls naiv.

Jirina Copine, Rotkreuz

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 38355 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Petar Marjanovic (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.11.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 8.12.



EIN TAG IM LEBEN VON
HEINZ OBERLI, KNAPP 70,
SEKTIONSPRÄSIDENT DER SP AEGERTEN

«Für einmal interpretiere ich diese Rubrik ein bisschen anders. Klar hätte ich mich einen Tag lang an Heinz' Fersen heften und sein Tun dokumentieren können. Aber dann wäre dieser Text für ihn ja keine Überraschung mehr. Genau das soll er aber sein. Gewissermassen eine Ode an einen – meinen! – Sektionspräsidenten. Ausserdem: Wenn ich Heinz gefragt hätte, hätte er abgewunken. «Seich!», hätte er gebrummelt. Warum, Heimatland, sollte man ausgerechnet etwas über ihn lesen wollen? «Da gibt es viel Wichtigere!», hätte er gemeint und dann laut gelacht, wie er es häufig und gerne tut. Heinz ist Sozialdemokrat. Wahrscheinlich war er es schon immer. Auch in der Gewerkschaft war der «Büezer», der bei der Bieler Stadtgärtnerei arbeitete, engagiert. Im Gemeinderat sass er zwölf Jahre, bis ihm die Amtszeitbeschränkung in die Quere kam. Heinz harrte vier Jahre aus und kandidierte erneut. Ehrensache, dass er auch im zweiten Durchlauf die vollen zwölf Jahre auskostete.

Ein ganz bestimmter Tag im Leben von Heinz ist zwar nicht Inhalt dieser Zeilen, aber sehr wohl ein guter Grund, sie überhaupt zu schreiben: Am 4. April 1970 wurde Heinz von der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Aegerten zum Sektionspräsidenten gewählt. Und er ist es bis heute geblieben, unglaubliche 16 296 Tage lang. Während dieser Zeit war Heinz bei uns quasi die SP.

Wer so lange Sektionspräsident ist, ist an vielem schuld. Zum Beispiel daran, dass ich in der SP bin. Mit unglaublicher Hartnäckigkeit und seinem ihm eigenen Schalk hat er mich – damals gerade knapp volljährig und dem Freisinn nicht ganz abgeneigt – so lange bearbeitet, bis ich den Widerstand aufgab.

Nein, ich bin nicht immer gleicher Meinung wie Heinz. Manchmal kann er nämlich ganz schön stur sein. Meistens aber ist er eine mit reichlich Humor ausgestattete «Gmüetsmoore». Eine, die nicht mit Worthülsen hausiert, sondern anpackt. Eine, die zwar nicht immer auf Parteilinie, aber nie nachtragend ist. Heinz ist eine ehrliche Haut. Er würde für die Menschen um ihn herum das letzte Hemd geben – selbst wenn er weiss, dass er ihres nicht bekommen würde. Er beschwört oder fordert Solidarität nicht, sondern lebt sie ganz selbstverständlich.

Ebenso selbstverständlich ist für ihn, dass man sich politisch engagiert und Verantwortung übernimmt. Und zwar nicht nur dann, wenn es gerade «gäbig» geht und man nichts Wichtigeres zu tun hat, sondern immer. Er steht zu seiner Überzeugung, bezahlt ausstehende Mitgliederbeiträge aus dem eigenen Sack, hat nur ein einziges Mal eine Abstimmung verpasst (wofür er sich bis heute schrecklich schämt) und schmückt seinen wunderschönen Garten bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Wahl- und Abstimmungsplakaten. Dafür bewundere ich ihn.

Just wenn diese Zeitung in den Briefkästen liegt, wird Heinz 70 Jahre jung. In diesem Sinn: Alles Gute zum runden Geburtstag, lieber Heinz! Nächstes Jahr – dazu ist er wild entschlossen – will er das Sektionspräsidium nach 45 Jahren abgeben. Ein geeigneter und motivierter Nachfolger ist zum Glück gefunden. So geht es weiter mit der SP Aegerten – und Heinz hat fortan mehr Zeit für die Reisen nach Korsika und Thailand mit seiner Annemarie oder für abenteuerliche Kanutouren durch die Everglades mit seinen beiden Söhnen. Die sind natürlich auch beide in der SP. Da macht Heinz keine Kompromisse.

Aufgezeichnet von Stefan Krattiger

Die SP Schweiz sucht per 1. Januar 2015 oder nach Vereinbarung eine/n

EVENTMANAGERIN (60%)

Als EventmanagerIn sind Sie für die Konzeption, Organisation und Durchführung von grösseren Veranstaltungen der SP Schweiz wie Parteitagen und Delegiertenversammlungen sowie weiteren parteipolitischen Anlässen zuständig. Ferner sind Sie für das Führen und die Koordination der Parteiagenda verantwortlich, bereiten in Zusammenarbeit mit den Generalsekretärinnen die Sitzungen von Geschäftsleitung und Präsidium vor und verfassen für diese Gremien das Protokoll.

IHR PROFIL

- Sie haben eine abgeschlossene Lehre im kaufmännischen Bereich oder einen vergleichbaren Abschluss und bringen Berufserfahrung mit.
- Sie verfügen über ausgewiesene Fachkompetenzen und Erfahrung im Eventmanagement.
- Sie haben sehr gute organisatorische Fähigkeiten, behalten den Überblick auch in hektischen Zeiten und übernehmen gerne Verantwortung für grosse Projekte.
- Sie arbeiten gerne selbständig und im Team, sind dienstleistungsorientiert, flexibel und initiativ.
- Sie bringen ein gutes Sprachgefühl und redaktionelles Geschick mit.
- Sie beherrschen die deutsche oder die französische Sprache und haben gute Kenntnisse in der jeweils anderen Sprache.
- Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet.

UNSER ANGEBOT

Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit in einem kleinen Team, ein angenehmes Arbeitsklima sowie moderne Arbeitsbedingungen mit fortschrittlichen Sozialleistungen.

Wenn Sie interessiert sind, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis am 28. November 2014 an: bewerbung@spschweiz.ch.

Für Auskünfte stehen Ihnen die Co-Generalsekretärinnen Leyla Gül, 031 329 69 78, und Flavia Wasserfallen, 031 329 69 80, zur Verfügung.

CARTE BLANCHE

Eine neue Vision



Nicola Forster
ist Präsident und Mitgründer des Think-Tanks foraus – Forum Aussenpolitik

Gefunden haben wir uns 2009 während der erfolgreichen Kampagne zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien, wo sich viele kluge junge Köpfe mit ausserpolitischen Kompetenzen für eine weltoffene Schweiz engagierten. Wir wollten dies jedoch nicht innerhalb von Parteistrukturen tun, sondern im Rahmen eines unabhängigen Think-Tanks, der überparteiliche Denkarbeit leistet. Innert fünf Jahren ist foraus (Forum Aussenpolitik) so von einer Gruppe engagierter Studenten zu einem ausgewachsenen Thinktank mit über 800 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern geworden, mit 150 Events jährlich in allen Regionen der Schweiz und Büros in Genf und Zürich. Der äusserst lebendige Beweis dafür, dass es in der Schweiz eine Nische gibt für frische ausserpolitische Debatten und Ideen!

Gemeinsam ist vielen von uns, dass wir die Vorteile der internationalen Vernetzung der Schweiz im Alltag leben und diese für uns eine (überaus positive!) Realität darstellt. Wir möchten Bürger/innen eines Landes sein, das den klügsten Köpfen und tüchtigsten Händen aus dem In- und Ausland eine Heimat bietet. Und wir sind froh um eine private und berufliche Perspektive, uns auch im Ausland betätigen zu können. Die ständige Problematisierung der Migration ist uns zuwider, und wir versuchen mit wissenschaftlich fundierten Debattenbeiträgen dagegen anzukämpfen. Wenn alle Parteien von links bis rechts die Migrationspolitik als Hebel für ihre eigenen Forderungen missbrauchen, ist das Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr. Diesem politischen Spiel mit der Angst versuchen wir Fakten entgegenzusetzen. Dies tun wir auch in der Europapolitik, wo Wahrnehmung und Realität aktuell enorm auseinanderklaffen. Die Schweiz wäre heute eigentlich auf eine ergebnisoffene Europa-Debatte angewiesen, um ihre Interessen bestmöglich zu wahren. Doch die jahrelange Dämonisierung des europäischen Integrationsprojekts durch Wirtschaft und konservative Politik, ist nicht ohne Folgen geblieben, und ein verabsolutiertes Souveränitätsgefühl hat sich tief in den Köpfen eingenistet.

Wir brauchen heute ein neues Narrativ für eine Schweiz der Zukunft, die lebenswert für ihre schweizerische und ausländische Bevölkerung ist. Eine Schweiz, die die Globalisierung als Chance begreift und sich in Europa und international einbringt, ohne die eigenen Traditionen aufgeben zu müssen. foraus leistet einen Beitrag dazu – und Sie?



Unmenschlich. Gefährlich.
NEIN zur
Ecopop-Sackgasse



Komitee solidarische Schweiz | www.nein-zu-ecopop.ch